



Geschäftsführung:
Fachdienst Rat und Bürgermeister

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses der
Stadt Lüdenscheid**

am 25.03.2019

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz des Hauptausschusses:

Bürgermeister Dieter Dzewas

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Gordan Dudas MdL
Ratsherr Jan Eggermann
Ratsherr Fabian Ferber
Ratsherr Dirk Franke
Ratsherr Lothar Hellwig
Erste Stellvertretende Bürgermeisterin
Verena Szermerski-Kasperek
Ratsfrau Ramona Ullrich
Ratsherr Jens Voß

Vertreter für Ratsherrn Rolf Breucker
Vertreter für Ratsfrau Karin Hertes

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Norbert Adam
Ratsherr Oliver Fröhling
Ratsfrau Susanne Mewes
Ratsfrau Ursula Meyer
Ratsherr René Pickard

Vertreter für Ratsfrau Britta Rogalske /
anwesend ab 17:02 Uhr

Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Björn Weiß

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Jürgen Appelt
Ratsherr Otto Bodenheimer

von der FDP-Fraktion:

Ratsherr Jens Holzrichter

von der Fraktion DIE LINKE.

Ratsherr Michael Thomas-Lienkämper

Verwaltung:

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer
Dr. Karl Heinz Blasweiler

Beigeordneter Thomas Ruschin

Herr Martin Bärwolf

Herr Matthias Reuver

Frau Claudia Stelse

Herr Sven Haarhaus

Herr Andreas Hein

Frau Martina Pabst

Herr Georg Thomys

Herr Edgar Weinert

Herr Dirk Aengeneyndt

Herr Andreas Hostert, Volkshochschule

Herr Michael Tschöke, Volkshochschule

Frau Christin Spangenberg, Personalrat

Herr Karl-Heinz Spangenberg

Vertreterin für Frau Noack
anwesend bis zum Ende der öffentlichen
Sitzung

anwesend bis zum Ende der öffentlichen
Sitzung

anwesend bis zum Ende der öffentlichen
Sitzung

anwesend bis zum Ende der öffentlichen
Sitzung

anwesend bis zum Ende der öffentlichen
Sitzung

anwesend bis zum Ende der öffentlichen
Sitzung

anwesend bis zum Ende der öffentlichen
Sitzung

Schriftführung:

Frau Kerstin Marré

Abwesend:

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Rolf Breucker

Ratsfrau Karin Hertes

von der CDU-Fraktion:

Ratsfrau Britta Rogalske

von der Fraktion Alternative für Lüdenscheid:

Ratsherr Peter Oettinghaus

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Ratsherr Stephan Haase

Verwaltung:

Frau Petra Noack

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 17:42 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen aus der Bürgerschaft vor.

2. Erste Änderung des Stellenplans 2019 Vorlage: 047/2019

Ratsherr Voß teilt mit, dass die SPD-Fraktion der Vorlage zustimmen werde. Aus ihrer Sicht seien die geplanten Änderungen des Stellenplans schlüssig.

Ratsherr Fröhling führt aus, dass die CDU-Fraktion gegen die Änderung des Stellenplans 2019 stimmen werde. Es sei nicht nachvollziehbar, dass circa drei Monate nach Verabschiedung des Stellenplans 2019 eine so umfangreiche Änderung erfolgen würde.

Die FDP-Fraktion werde sich laut Ratsherrn Holzrichter bei der heutigen Abstimmung zunächst enthalten, um sich in ihrer nächsten Fraktionssitzung noch offene Fragen zu einzelnen Stellen durch den Ersten Beigeordneten und Stadtkämmerer Dr. Blasweiler erläutern zu lassen.

Ratsherr Bodenheimer teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ebenfalls noch Klärungsbedarf hätte und diesen mit dem Ersten Beigeordneten und Stadtkämmerer Dr. Blasweiler erörtern würde. Der Vorlage würde seine Fraktion aber zustimmen.

Ratsherr Thomas-Lienkämper teilt mit, dass die Fraktion Die Linke dem Beschlussvorschlag zustimmen werde.

Nach der sich anschließenden Diskussion empfiehlt der Hauptausschuss mit Stimmenmehrheit folgenden

Beschluss:

Die in der Anlage 1 dargestellten Änderungen des Stellenplans 2019 werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	6
Enthaltungen:	1

3. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP; Entfristung von Erzieher/-innenstellen

3.1. Gemeinsamer korrigierter Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die Linke; Entfristung von Erzieher/-innenstellen

Fachbereichsleiter Reuver erkundigt sich, ob die Verwaltung davon ausgehen könne, dass die Fraktionen in ihrem Antrag die Entfristung von Stellen und nicht die Entfristung von konkreten Arbeitsverträgen meine. Hintergrund sei, dass in dem betroffenen Fachdienst eine Reihe von Mitarbeiter/-innen auf befristeten Stellen außerhalb der Elternzeitvertretung, wie zum Beispiel aufgrund von Förderprogrammen wie Sprachförderkitas, beschäftigt seien. Diese Beschäftigten würde die Verwaltung auch gerne an der Entfristung beziehungsweise an Bewerbungsverfahren teilhaben lassen.

Die Mitglieder des Hauptausschusses bestätigen einvernehmlich, dass es sich bei dem Antrag um die Entfristung von Stellen handele.

Anschließend lässt Bürgermeister Dzewas über den Antrag abstimmen.

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Die elternzeitbedingten Befristungen aller Stellen von pädagogischen Fachkräften in städtischen Tageseinrichtungen für Kinder („Erzieherinnen- und Erzieherstellen“) werden gestrichen.
2. Im Zuge der Stellenplanbewirtschaftung wird darauf geachtet, dass keine dauerhaften Stellenüberhänge entstehen.
3. Alle zwei Jahre, beginnend im Sommer 2021, ist von der Verwaltung zu prüfen, inwieweit inzwischen aufgelaufene Befristungen neu eingestellter Fachkräfte gestrichen werden können.
4. Projektbezogene Stellenbefristungen von Erzieherinnen und Erziehern im Rahmen von zeitlich begrenzten (Förder-)Programmen bleiben hiervon unberührt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 19

4. Satzung über die Ablösung von Stellplätzen in der Stadt Lüdenscheid 2019 Vorlage: 028/2019

Ratsherr Fröhling fragt, ob es in den Innenstadt Geschäftsflächen und/oder Gastronomiebereiche gäbe, für die die baurechtlich erforderlichen Stellplätze bisher noch nicht abgelöst worden seien und die über zu wenige Parkplätze verfügen würden.

Hintergrund seiner Fragen sei, dass die Stadt Iserlohn kürzlich eine Satzung über die Ablösung von baurechtlich erforderlichen Stellplätzen mit dem Passus beschlossen habe, dass bei Neuvermietungen an Geschäfte und Gastronomiebetriebe in der KernInnenstadt bis zu einer gewissen Größenordnung von einem Ablösebetrag abgesehen werden könne. Hierdurch könnten zum Beispiel langfristige Leerstände behoben und Vermietungen attraktiver werden.

Bevor die CDU-Fraktion einen entsprechenden Antrag stellen würde, müsse erst einmal geklärt sein, ob überhaupt noch, nicht abgelöste Bereiche in der Lüdenscheider Innenstadt vorhanden seien.

Fachbereichsleiter Bärwolf antwortet, dass seines Wissens nicht für alle Ladenflächen die baurechtlich erforderlichen Stellplätze abgelöst worden seien.

Bei der Aufstellung der entsprechenden neuen Satzung würde dieser zutreffende Aspekt jedoch berücksichtigt werden. Im Übrigen habe die Stadt Lüdenscheid bereits von der baurechtlichen Möglichkeit Gebrauch gemacht, dass in der Innenstadt aufgrund der Nähe zum Zentralen Omnibusbahnhof (ZOB Sauerfeld) die Ablösebeträge von Stellplätzen um bis zu 30 % reduziert worden seien.

Anschließend empfiehlt der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Lüdenscheid stimmt den redaktionellen Anpassungen der Satzung über die Ablösung von Stellplätzen in der Stadt Lüdenscheid zu, die sich aufgrund der Novelle der Landesbauordnung NRW ergeben. Auf die Erläuterung in der Sachverhaltsdarstellung wird verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 19

5. Zwischenbericht zum gemeinsamen Antrag aller im Rat der Stadt Lüdenscheid vertretenen Fraktionen vom 08.10.2018; Digitalisierung kommunal begleiten Vorlage: 051/2019

Bürgermeister Dzewas führt unter anderem aus, dass es ein neues Förderprogramm zu dem Modellprojekt „Smart Cities“ gebe.

Im Anschluss trägt Herr Aengeneyndt Einzelheiten zu dem Aufruf zur Einreichung von Modellprojekten „Smart Cities“ vor.

„Es sei das Ziel der Bundesregierung, „Modellprojekte Smart Cities“ zu fördern, in denen beispielhaft für deutsche Kommunen strategische und integrierte Smart-City-Ansätze entwickelt und erprobt würden.

Über einen Zeitraum von zehn Jahren sollten in vier Staffeln rund 50 Modellprojekte mit ca. 750 Mio. Euro gefördert werden.

Für die erste Staffel mit rund 10 Modellprojekten stünden im Bundeshaushalt 2019 ca. 150 Mio. Euro zur Verfügung.

Kommunen erhielten für die förderfähigen Kosten Zuschüsse in Höhe von 65 % bis zu 90 % im Falle kommunaler Haushaltsnotlage.

Die Modellprojekte Smart Cities sollten Anforderungen der integrierten, sektorenübergreifenden Stadtentwicklung mit den drei Dimensionen der Nachhaltigkeit (Ökonomie, Ökologie und Soziales) und den neuen Chancen der Digitalisierung verknüpfen.

Gefördert würden die Entwicklung und Umsetzung fachübergreifender Strategien und Konzepte, aber keine isolierten, spezifischen Einzelprojekte.

Es werde eine Verteilung auf die vier Kategorien Großstädte, Mittlere Städte, Kleinstädte und Landgemeinden sowie Interkommunale Kooperationsprojekte angestrebt.

Grundlage bilde die „Smart City Charta“ der „Nationalen Dialogplattform Smart Cities“.

Förderung in zwei Phasen:

- 1. Entwicklung kommunaler und fachübergreifender Strategien zur Gestaltung der Digitalisierung in einem partizipativen Prozess (max. 2 Jahre, Sach- und Personalkosten sowie Kosten für die ersten Umsetzungsmaßnahmen)*
- 2. Umsetzung der Strategien (max. 5 Jahre, Personal- und Sachkosten, Investitionskosten für die erarbeiteten Strategien, Ziele und Maßnahmen)*

Voraussetzungen:

Die geförderten Strategien und Konzepte müssten von Beginn an darauf ausgerichtet sein, durch einen Ratsbeschluss Verbindlichkeit zu erlangen.

Beteiligung an der Begleitforschung und an der Dialogplattform Smart Cities und Mitwirkung am Wissens- und Kompetenzaufbau zur nachhaltigen Gestaltung der Digitalisierung.

Bewerbungsunterlagen:

- Erklärung der grundsätzlichen Bereitschaft, Smart City entsprechend der „Smart City Charta“ umzusetzen.
- Darstellung der wichtigsten Partner, der Ausgangslage, der Interessen der beteiligten Akteure und der gemeinsamen Zielrichtung.
- Ratsbeschluss zur Finanzierung des Eigenanteils (kann bis 24.06.2019 nachgereicht werden).

Zeitschiene:

- 29.03.2019 Freischaltung der Website mit weiteren Informationen
- 17.05.2019 Bewerbungsende
- 01.07.2019 Entscheidung Expertenjury
- September 2019 Auftaktveranstaltung“

Im Anschluss teilt Ratsherr Ferber unter anderem mit, dass sich die SPD-Fraktion mit dem Zwischenbericht der Verwaltung sowie den vorliegenden Stellungnahmen bezüglich der Überlegungen, wie die Bildungsinfrastruktur aufgebaut und wie begleitend ein neues Verständnis von Wirtschaftsförderung im digitalen Zeitalter entwickelt werden könne, auseinandersetzen würde. Die SPD-Fraktion würde diesbezüglich weitere Anträge in den Rat der Stadt Lüdenscheid einbringen.

Des Weiteren weise er darauf hin, dass für die Digitalisierung sowie die Begleitung der Prozesse in diesem Bereich sowohl innerhalb als auch außerhalb der Verwaltung kompetentes Personal vorgehalten werden müsse.

Bürgermeister Dzewas schlägt vor, zunächst die Freischaltung der Website am 29.03.2019 mit den Rahmenbedingungen der Förderung abzuwarten. Parallel würde die Verwaltung prüfen, ob ein qualitativer Förderantrag bis zum 17.05.2019 gestellt werden könne. Gegebenenfalls könne eine Bewerbung durch die Stadt Lüdenscheid auch erst in der zweiten Staffel erfolgen.

Sobald nähere Informationen zu dem Förderprogramm vorliegen würden, würde die Verwaltung in der sich nächstbietenden Ausschuss-Sitzung hierzu berichten.

Anschließend nimmt der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid den Zwischenbericht zur Kenntnis.

6. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

6.1. Bekanntgaben

Es liegen keine Bekanntgaben vor.

6.2. Beantwortung von Anfragen

6.2.1. Beantwortung der Anfrage des Rats Herrn Breucker; Umleitungsregelung Parkstraße/Weststraße

Die Beantwortung der Anfrage des Rats Herrn Breucker in der öffentlichen Sitzung des Rates am 11.03.2019 bezüglich der Umleitungsregelung Parkstraße/Weststraße ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

6.2.2. Beantwortung der Anfrage des Rats Herrn Dudas; Spielplatz "Am Hang"

Die Beantwortung der Anfrage des Rats Herrn Dudas in der öffentlichen Sitzung des Rates am 11.03.2019 bezüglich des Spielplatzes „Am Hang“ ist der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

6.3. Anfragen

Es liegen keine schriftlichen Anfragen vor.

gez. D. Dzewas

Vorsitzender

gez. Kerstin Marré

Schritfführerin